

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und auswärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. — 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rouet in Neuß.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß, P. M. Schmidt.
Expedition: Neuß, Markt A Nr. 91.

Inserate für die nachfolgende Nummer werden bis 7 Uhr am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf. — 1½ Sgr.

Fruchtpreise zu Neuß am 9. November.

Weizen	1. Qual.	25 20	Haber (neuer)	15 —
(neuer)	2. "	23 20	Hafer (veter)	34 —
	3. "	—	Raps	35 50
Landroggen	1. Qual.	17 70	Kartoffeln	7 —
(neuer)	2. "	15 70	Heu	5 40
Gerste	Winter	17 —	Stroh	4 20
	Sommer	—		
Buchweizen		16 20		

(Alles per 100 Kilo.)

Roggen und Buchweizen höher.	
Müßli per 100 Kilo in Partien von 100 Ctr.	80 —
Müßli per 100 Kilo feinstes	82 —
Gereinigte Del per 100 Kilo 3. — M. höher als Müßli.	
Preßkuchen per 1000 Kilo	158 —
Preßkuchen 500 per 100 Kilo	35 —
Kleien per 50 Kilo	5 40

Müßli und Kleien unverändert

Deutschland.

NPC. Berlin, 7. Novbr. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in seiner heutigen (10.) Sitzung in erster Stelle mit einem Geschäftsordnungsantrag des Abg. v. Mantuffel dahin gehend, daß die Redner nur von der Tribüne sprechen dürfen. Der Antrag wurde nach längerer Debatte vom Hause abgelehnt. — Zu einer sehr langen Diskussion führte der Antrag der Abgg. Kaufmann und v. Schorlemer-Mast wegen Vorlegung eines Entwurfs einer Landgemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung für die Rheinprovinz und für Westfalen, zu dem Abg. v. Mantuffel den weiteren Antrag gestellt hatte, folgenden Schlusssatz hinzuzufügen: „gleichzeitig aber die Kreis- und Provinzial-Ordnung zu revidieren und dabei den eigenthümlichen Verhältnissen aller einzelnen Provinzen Rechnung zu tragen.“ — Abg. Kaufmann weist bei Begründung seines Antrages auf die feierlichen Zusagen hin, welche von dem Ministerium aus den beiden Provinzen gemacht worden, ohne daß etwas bis jetzt geschehen sei. Bei dieser Behandlung der Rheinprovinz werde sich die Regierung dort schwerlich Sympathien erwerben. Es thue aber wahrlich noth, daß die Regierung endlich ein eclatantes Zeugnis des Vertrauens gebe, wenn sie daselbst nicht ganz verlieren wolle. — Abg. Horig kann dagegen zur Zeit ein Bedürfnis für die Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die westlichen Provinzen nicht anerkennen. Man müsse erst die bessernde Hand anlegen, ehe man diese Gehele auf die anderen Provinzen übertrage, dazu sei der Augenblick aber noch nicht gekommen. — Abg. Miquel präcisirte die Stellung der nationalliberalen Partei zu dem Antrag dahin, daß sie das Bedürfnis für die Verwaltungsreform für alle Provinzen gleichmäßig anerkenne. Sie wolle ebensoviele eine Durchführung als eine Bevorgung der einzelnen Provinzen, sondern Durchführung der Verwaltungsreform auf alle Provinzen. Die Regierung müsse aber einen bestimmten Plan vorlegen, wie sie dabei vorzugehen gedente. An den Grundgedanken der Gesetzgebung dürfe nicht gerüttelt werden, vielmehr müsse die Regierung dieselbe voll und ganz vertreten. Die Regierung könne unter den schwierigen Verhältnissen des „Culturkampfes“ bei der rhein-

ländischen Bevölkerung nur gewinnen, wenn sie auf dem communalen Gebiete, das ein gemeinsames sei, Vertrauen zeige. — Abg. Reichensperger geht auf den Sybelschen Erlaß an die Agenten des Deutschen Vereins ausführlich ein, den er als Ausdruck der verwerflichen Agitation bezeichnet, indem er es dem Sybelschen Einfluß zurechnet, daß den westlichen Provinzen die Verwaltungsreform noch vorenthalten sei. — Minister Dr. Friedenthal verweist auf seine Erklärung vom 26. Ochr., wonach die Regierung entschlossen sei, ohne Rast die Angelegenheit der Selbstverwaltung zu fördern und über die ganze Monarchie gleichmäßig auszudehnen. Diese Erklärung entspreche auch dem Antrag, wie ihn der Abg. Miquel interpretirt; in diesem Sinne würde er also in der Annahme des Antrages eine Zustimmung zu seiner Erklärung erblicken (Geisterstunde und Widerspruch). Es handle sich ja doch nur darum, das Ganze der Sache ins Auge zu fassen, und dazu möchte er alle wirklich patriotischen Elemente ermahnen, damit das Werk zu Stande komme. — Abg. Laster spricht im Sinne Miquel's für den Antrag und hält es dabei für nöthig, dem Ministerial-Jah für seine Stellung dem „Culturkampf“ gegenüber ein Vertrauensvotum seiner Partei in Aussicht zu stellen. — Abg. Kantak spricht im Interesse seiner Provinz für den Antrag. — Abg. Dr. Hänel erklärt, daß die Fortschrittspartei keine Veranlassung habe, dem Ministerial-Jah ein bestimmtes Vertrauens- oder Mißtrauensvotum zu geben. Falls sei an der Sistierung der Verwaltungsreform ebenso Schuld als die übrigen Minister. Ebenso stehe er dem Minister Friedenthal gegenüber, dessen unbestimmte Ausdrücke „Sinn und Geist“ nur geeignet seien, Mißtrauen einzuführen. Für den Antrag Kaufmann werde er stimmen, weil er ihn für correct halte. — Minister Dr. Friedenthal erklärt den Aeußerungen des Vorredners gegenüber, daß er sich auf akademische Vorlesungen über das, was die Regierung beabsichtige, nicht einlassen könne. Diefelbe werde erst dann vor das Land mit aller Deutlichkeit und Klarheit treten, wenn sie diejenigen Vorlagen macht, die sie in Aussicht gestellt. Vorher müsse sie aber erst Gelegenheit nehmen, sich mit den einzelnen Landesparlamenten in Verbindung zu setzen. — Nachdem noch Abg. v. Mantuffel seinen Antrag empfohlen, wird die Diskussion geschlossen. — Abg. v. Schorlemer-Mast erklärt als Antragsteller sich mit den Aeußerungen des Ministers keineswegs zufrieden gestellt. Und was den festen Punkt „Jah“ anlangt, von dem Abg. Laster gesprochen, so würden die Herren Nationalliberalen hoffentlich bald zu der Ueberzeugung gelangen, daß dieser Punkt, um in das Ministerium zu kommen, ihnen nicht mehr lange hinderlich sein wird. Redner geht sodann ausführlich auf die bekannte Affaire Koniger ein und bemerkt, daß die Mittheilungen, die der Regierung vom „Deutschen Verein“ geworden, ebenso trübe seien, wie die Quellen, aus denen der Verein geschöpft. Es sei ein trauriges Zeichen der Zeit, daß ein Verein bestehen konnte, in welchem das „Demagogen und Spionieren“ vollständig organisiert gewesen. Und dabei sei dieser Verein noch von der Regierung begünstigt, dergleichen habe sich vollständig als Nebenregierung gerirt. Man sehe daraus, wohin die Blindheit des Culturkampfes geführt habe. — v. Sybel be-

zeichnet dagegen Alles, was von dem Verein gesagt worden, für unwahr, ohne die Vorwürfe selbst zu entkräften. — Bei der Abstimmung wurde der Antrag „Mantuffel“ fast einstimmig abgelehnt, der Antrag Kaufmann dagegen angenommen. — Nächste Sitzung Donnerstag 11. Ubr.

Berlin, 7. Nov. Officiös schreibt man Folgendes:

„Der dem Bundesrathe vorgelegte Stat des Reichseisenbahnamtes hat Veranlassung gegeben, die Frage der Befehlung des Präsidiums dieser Behörde wiederum einer Erörterung zu unterziehen und hiermit, wenn auch ungerechtfertigt, eine anderweitige Organisation der preussischen Staatsbahnverwaltung in Verbindung zu bringen. Wir glauben, daß beide Gegenstände durchaus selbstständig zur Erledigung gelangen werden, müssen aber auch heute alle Mittheilungen, welche über die Präsidienstelle im Reichseisenbahnamt, und namentlich diejenigen, welche bestimmte Personen in Aussicht nehmen, als den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechend bezeichnen. Es sind dies Combinationen, welche von Denjenigen zur Colportierung der Presse übergeben werden, die ein persönliches Interesse zur Weiterverbreitung der falschen Nachrichten haben. Das Princip der Selbstverwaltung, das man für politische und communale Verbände instaurirt hat, auch für das Eisenbahnwesen des Staates zur Durchführung zu bringen, dies hat jedenfalls greifbare Anhaltspunkte als jene Combinationen. Die Staatsregierung wird sich der Aufgabe, dieses Princip auch auf diesem Gebiete sich anzuweisen, nicht mehr lange entziehen können, denn die Fertigstellung von größeren Eisenbahncomplexen, die in den nächsten Monaten erfolgt, muß unbedingt zu Erwägungen führen, auf welche Weise der geschäftliche Verkehr besser gestaltet werden kann. Nach unserer Ansicht würde die Zusammenlegung mehrerer geographisch sich aneinanderschließenden Eisenbahnen unter einer, mit größerer Machtvollkommenheit ausgestatteten Direction, welche die Verwaltung der ihr unterstehenden Eisenbahnen nach verschiedenen Gruppen oder mit verschiedenen Commissionen führen könnte, ohne wesentlich schwierige Manipulation und ohne große finanzielle Lasten einen Anfang der Selbstverwaltung für Eisenbahnen bilden. Diesen so organisirten Directionen könnte man alsdann eine Centralstelle vorsetzen, die ohne Loslösung vom Ressort des Handelsministers, aus zwei Abtheilungen: Verwaltung und Aufsicht bestehen würde. Selbstredend würden in die Hand dieser Centralstelle alle diejenigen Befugnisse gelegt werden müssen, welche ihr die Handhabung der Geschäftsführung in einer Weise erleichtern, die den ihr untergebenen Directionen zu Gute kommt.“

— Wie die „Ostr. Ztg.“ aus sicherster Quelle erfahren haben will, ist „gegen die Veranstalter der wunderbaren Raben-Ordnungen in Dittichswalde eine Criminal-Untersuchung eingeleitet“ worden. Allen Katholiken wäre es nur recht, wenn die Gerichte zur Klarlegung der Ereignisse in Dittichswalde ihren Theil beitragen wollten; doch scheint es uns, daß die diesbezüglich kompetenten weltlichen Behörden keine Lust haben, eine zweite Auflage des Marpinger Processes zu veranstalten. Die Nachricht der „Ostr. Ztg.“ dürfte vielmehr darauf zurückzuführen sein, daß etwa 20 auswärtigen Geistlichen, die von den betreffenden Gens.

Lord Xyle.

Nach dem amerikanischen Original des Charles T. Mannors.
Frei bearbeitet von Lina Freisrau von Berlepsch.

(Fortsetzung.)

Zwei Tage später, als die Steinplatte in der Klostergruft sich über Vater Leon's Sarg bereits geschlossen, erwachte der Kranke zu dauerndem Bewußtsein. Er war jedoch mehr geneigt, Fragen zu stellen, als zu beantworten. Schweigend hörte er Vater Anselm's Erzählung, — dieser war nun Prior — und spielte zerstreut mit den dünnen weißen Fingern.

„Hat Niemand nach mir gefragt?“

„Nein.“

„Nun ist Zeit genug, mich um die Verhältnisse zu kümmern, wenn ich wieder genesen sein werde. Können Sie mich noch eine Zeit lang beherbergen?“

„Wir versprochen unserem geliebten Seligen, mit Ihnen zu theilen, so lange wir einen Bissen Brod hätten,“ entgegnete Vater Anselm herzlich.

„Das hörte ich von einem der Brüder. Erzählen Sie mir aber Näheres über den Verstorbenen und Ihre Lebensweise.“

Vater Anselm verstand es besser, Geschichten zu erzählen, als Thaten zu vollbringen, und beschrieb mit glühenden Farben die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit.

Des Fremden blaue Augen blinnten milde und wehmüthig. „Kann es wirklich solch williges, gehorames Entbehren und Leiden um des Genusses willen geben? Wie verschieden verläuft doch des Lebens Gang!“ flüsterte er, „ist es wirklich wahr, daß Ihr Hunger leidet, um freudig Euer langes Stüdlein Brod mit mir zu theilen? Ist dem wirklich so, mein Vater?“

„Ja, mein Sohn.“

Still und ernst lag der Kranke lange, dann überflog frohes Lächeln die bleichen Züge.

„Möcht' wissen, ob ich wirklich aus dem Grunde des Sees an's Licht kam?“

Vater Anselm verstand ihn nicht.

„Gibt Ihr die Kleider, in welchen ich gefunden wurde?“

Der Mönch holte sie aus einer Kiste und legte ihm die steifen Gewänder auf's Bett.

Wieder lächelte der Kranke.

„Und Ihr seid wirklich arm und hungert häßlich nach kräftiger Nahrung?“

„Ja, aber unter jeltiger Vater Leon sagte, daß der Segen kommen werde, und wir warten in Glauben und Vertrauen.“

„Er ist gekommen; sehen Sie, ob das nicht Segen ist?“

Vater Anselm näherte sich mit glänzenden Augen und freudig erregten Zügen. Ein scharfes Federmesser hatte das Futter der Sammetweste losgetrennt und heraus rollte funkelndes Gold.

„So viel wenigstens habe ich, mein edler Freund, nehmen Sie es für Ihre Brüder, aber behalten Sie mich, bis ich stark genug bin, um für mich selbst zu sorgen.“

Friedlich lächelnd wandte sich der Fremde und entschuldigte.

15. Kapitel.

Ein Schaden am Sattelgurt verursachte großen Unschwung in den Plänen der kleinen Gesellschaft, die so frohlich und vergnügt Honeyjude Cottage verlassen hatte. Sie besuchten auf dem Rückwege Xyle Hall, bewunderten die zahllosen Reize des Schlosses und der Gärten und fanden es unbegreiflich, daß der Herr des Hauses so kalt und gleichgültig über Alles weggehen konnte, ja selbst sichtlich erleichtert schien, als man die Pferde vorfürte. Das Mißgeschick ereignete sich gelegentlich der Abreise. Kitty's Sattelgurt war beschädigt, und als sie sich frohlich auf's Pferd schwang, brach der Riemen und sie stürzte zurück. Lord Cuthbert brachte sie so schnell als möglich aus der gefährlichen Nachbarschaft der Hufe.

Kitty lachte erst über die eigene Ungeschicklichkeit und wollte sich erheben, der bloße Versuch aber ließ sie vor Schmerz aufschreien und zu Cuthbert's Füßen sinken.

Genevra Lloyd sprang vom Pferde und beugte sich über die Freundin. „Bitte tragen Sie sie in's Haus; sie muß den Fuß verlegt haben.“

Der junge Mann hob das bewußtlose Mädchen mit starkem Arm auf und trug sie in's Schloß. Sah Genevra, daß er sich über das bleiche Antlitz beugte und einen leisen Ruf auf die kalte Wange preßte?

„Helfen Sie Miß Barbara vom Pferde und geleiten Sie sie hierher,“ sprach sie in ziemlich herrlichem Tone. Cuthbert legte die Ohnmächtige auf das nächste Sopha und gebordete schweigend.

Als er mit Fräulein Coesham zurückkehrte, flüsterte Genevra vor dem improvisirten Lager und untersuchte sorgfältig den verletzten Fuß. Kitty selbst war wieder zu sich gekommen.

„s ist nicht so schlimm,“ rief sie, „ich habe nur den Fuß verrenkt, und das Traurigste an der Sache ist, daß ich nicht werde beitreten können.“

„Soll man nicht nach einem Arzt jenden, damit ich nicht ein bleibendes Uebel entwickle?“ fragte Genevra ernst.

„Es ist bereits geschehen,“ entgegnete der junge Hausherr.

Der Arzt verbot jede anstrengende Bewegung.

„Die Kranke im Wagen fortbringen? warum nicht gar. Sie hätte leicht in ein schlechteres Revier fallen können, und wenn sie baldige Genesung wünscht, bleibt sie einfach, wo sie ist.“

Kitty schaute bekümmert auf Genevra, Tante Barbara aber endete die Frage schnell.

„Die Sache läßt sich ordnen, stat, daß Du uns zurückbegleitest, Cuthbert, nehmen wir Deine Gastfreundschaft an und bleiben doch frohlich beisammen.“

„Danke Tanten,“ rief Lord Xyle freudig, „Sie wissen wohl, wie sehr mich dieser Vorschlag ehrt und freut. Ich werde Mrs. Erne sofort die nöthigen Befehle ertheilen und bitte die Damen, ihre Gemächer zu wählen.“

Genevra spielte verlegen mit einer Quaste.

„Wie lange mag's dauern, bis Mrs. Cartright fortgebracht werden kann?“

„Ich verlange nur eine Woche absoluter Ruhe,“ entgegnete der Arzt.

„Du lässest doch Deine Mutter holen, Kitty?“

„Ich werde sie selbst ersuchen lassen, zu kommen,“ unterbrach Lord Cuthbert mit etwas gebietendem Tone, „es geht nichts über eine Mutter, und Miß Cartright soll deren Pflege nicht fehlen.“

Tante Barbara flüsterte Genevra einige bittende Worte zu. „Ich werde bleiben,“ bemerkte sie endlich, „weil ich mich nicht von Kitty trennen will.“

„Dann werde ich die betreffenden Boten abenden. Haben die Damen irgend welche Befehle bezüglich der von Honeyjude Cottage zu erhaltenden Requisitionen?“

Tante Barbara besprach sich kurz mit den beiden Mädchen und schrieb dann einige Zeilen. Inzwischen ließ der junge Cuthbert ein kleines Zimmer im Erdgeschoß für Kitty herrichten.

„Hier soll sie wohnen,“ sprach er besorgt, „damit man sie nicht über Treppen zu tragen hat, und wenn sie sich wohl genug fühlt, Gesellschaft zu sehen, ist sie mit leichter Mühe unter uns.“

„Sie sind zu gut,“ flüsterte Kitty mit thränenvollem Auge, „und mir thut's so leid, Sie zu bemühen.“

„Als ob diese Mühe mir nicht Freude wäre und Gnad,“ erwiderte Cuthbert in solch herzlicher Weise, daß sich Genevra ärglich auf die Lippen biß.

Kitty schlug erröthend die Augen nieder.

„Ich werde die Stelle einer Wärterin übernehmen,“ bemerkte

darmen wegen angeblich unerlaubter Vornahme von geistlichen Funktionen in Dittichswalde denuncirt wurden, der Proceß gemacht worden ist. Außerdem ist, da die Staatsanwaltschaft sich zu der Annahme berechtigt glaubt, daß noch mehrere Geistliche sich dasselbe „Vergehen“ haben zu Schulden kommen lassen, an den Pfarrer Weichsel in Dittichswalde das Geführen gerichteten worden, die Namen derjenigen fremden Geistlichen, welche außer jenen den Gensdarmen bekannten 20 dorthelbst während der Wallfahrten amtiert hätten, betreffenden Orts bekannt zu geben. Pfarrer Weichsel ist am Anfange der vergangenen Woche dieserhalb bereits gerichtlich vernommen worden. Ein Proceß gegen die erst anläßlich der angeblichen Marienerscheinungen nach Dittichswalde gekommenen Geistlichen darf jedoch nicht als gegen die „Veranstalter“ dieser Erscheinungen gerichtet aufgefaßt werden.

Während die Berliner „Freiwilligen“ neuerdings wieder kalte Wassertrahle nach Frankreich richten und sogar darauf hindeuten, daß unsere Regierung sich ein fortgesetztes unconstitutionelles Regiment in Frankreich oder gar einen Staatsstreich entschieden verbiten werde, glaubt die „Köln. Btg.“, die im Jahre 1875, als der Krieg-in-Sicht-Lärm begann, tapfer mitmachte, diesmal beruhigen und warnen zu müssen. In der Beurtheilung der Lage schließt sie sich den Berliner Offiziösen vollständig an, aber, schreibt sie weiter, „wir würden es doch bedenklich finden, wenn die deutsche Regierung wirklich ihre Ansichten über den Gang der Dinge in Frankreich der französischen Regierung darlegte. Deutschland selbst würde sich einen solchen Viesedienst von französischer Seite gewiß verbiten. Und überhaupt glauben wir, daß man auch den Schein einer Einmischung in die Angelegenheiten einer fremden Nation nicht sorgfältig genug vermeiden kann. Man kann durch solche Schritte leicht das Gegentheil von dem bewirken, was man bezweckt. Denn wie wäre es, wenn die französische Regierung die fremde Einmischung in irgend einer Weise kund werde ließe? Was für ein Lärm würde in der ganzen conservativen Presse entstehen? Um die Wette würde den Franzosen zugerufen werden: „Seht ihr? Das Ausland begünstigt die Republik, und ihr werdet euch doch nicht einbilden, daß es bei dieser Begünstigung an das Wohl Frankreichs denke! Nein, die Ausländer wünschen ein republikanisches Frankreich, weil sie wissen, daß es ein von Parteien zerrissenes ohnmächtiges Frankreich sein würde, das nirgends Verbündete findet.“ Wer kann wissen, ob wir nicht auf diese Weise der Sache der Republik und der ruhigen Entwicklung in Frankreich einen gefährlichen Stoß versetzen könnten? Das Manifest des Herzogs von Braunschweig hat ehemals der königlichen Sache, der es dienen wollte, den Todesstoß gegeben.“ Wir haben der gleichen Anschauung des Oesterreich Ausdruck gegeben und können uns nur freuen, sie auch in einem Blatte zu finden, das wiederholt das Dogma von der Bismarck'schen Unfehlbarkeit in Fragen der äußeren Politik verkündigt hat. Die Herren in Berlin mögen doch gefälligst ein Duzend Jahre zurückdenken. Damals hatte Preußen seinen Verfassungs-Conflikt, in dem die Regierung, in der Meinung des eigenen Volkes wie des Auslandes, kaum besser dastand, als heute die Herren Broglie und Fourtou, der bis zur Presbordonnanz und dem Angriff des Obertribunals auf die parlamentarische Redefreiheit, Blüthen, die Frankreich bis jetzt noch nicht aufzuweisen hat, führte. Wie, wenn nun damals — von Frankreich gar nicht zu sprechen — Oesterreich die Berliner Regierung ermahnt hätte, „die Exekutive jener politischen Richtung anzuvertrauen, welche in der Mehrheit der parlamentarischen Körperschaften ihren Ausdruck finde“, dem Willen des Landes gerecht zu werden und das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses anzuerkennen und zu respektiren? Oesterreich hätte damit ganz dasselbe gethan, was unsere Regierung, wenn es nach dem Willen der Offiziösen ginge, thun würde, hoffentlich aber lassen wird. Wenn man uns einwenden will, — bemerkt die „Köln. Btg.“ — die Sache liege insofern anders, als ein clerical-conservatives Regiment in Frankreich den Frieden mit Italien und Deutschland gefährden müsse, so bemerken wir, daß Oesterreich im Jahre 1865 ganz wohl hätte sagen können: Dieser anläßlich der Armeeorganisation entstandene Verfassungsconflikt in Preußen bedroht Deutschland mit einem Bürgerkrieg. Es ist bekanntlich damals nicht bei der Bedrohung geblieben.

Köln, 7. Nov. Die „Germania“ bringt aus den Aufzeichnungen Dr. Konig's folgenden sehr hübschen Bericht über einen benachbarten Kreis.

„Z. Landrath W., bei der Regierung nicht gut angeschrieben, wenig liberal, verkehrt viel mit Geistlichen. Nachtheiliges sonst nichts zu berichten. Bürgermeister Lh., protestantisch und liberal, könnte etwas strammer auftreten, besonders gegenüber den Ortsvorstehern. Ortsvorsteher M. ist seiner Stellung nicht gewachsen und veraltet Amt höchst nachlässig. (Spritze und Anlage für den Friedhof.) Selbst Beschlüsse des Gemeinderaths bleiben unausgeführt liegen. Ultramontan gewählt. Evangelischer Lehrer sehr gut, liberal; katholischer Lehrer gar nicht tüchtig, abgenutzt, aber liberal. Evangelischer Pastor P. (Mitglied des „Deutschen Vereins“), sehr tüchtig und liberal, in jeder Beziehung ausgezeichnet. Der katholische Vicar C. spricht nie über Culturskampf, läßt sich mit ihm leben. Bevölkerung noch vollständig zurück und finster. Bei politischen und communalen Wahlen maßgebend nur die Religion. „Wir wollen keine Geusen haben!“ Furchtbare Fanatismus genährt durch die Geistesfreiheit: „Die Religion soll vernichtet werden.“ Abgeordnetwahl: A. liberal, Candidat für 2. Klasse. Ein Mitglied des Deutschen Vereins wählte ultramontan, drei Andere entfernten sich vom Wahllokal, ohne ihre Stimme abzugeben zu haben. Wohl noch nicht dagewesen. Armenunterstützung nur von den bemittelten Evangelischen, trotzdem „keine Geusen!“ Es geschieht zu viel für die Armen. Zwölf Landgemeinden (Bürgermeister R.), fünf Vorsteher liberal. Pastor in S. Jagdfrevel etwa vor drei Monaten zwei Leute aus S., Freunde des Pastors, einer sogar im Kirchen-Vorstand; auf W. Jagdterrain. Gesellschaftsjagd. Förster zeigt an u. f. w. „R. wegen ungenügenden Gehaltes ein Aspirant an der Schule für etwa 230 Kinder, die Lehrerin auch nicht viel werth. Urtheil über Lehrer: Faulenzer, weil vor sieben Uhr mit der Pfeife spazierend. Ausgesprochen von einem Gemeinderathsmitgliede.“

„S. Reichstagswahl 14 für . . . , nachträglich verführte Controlle der Riste von . . . , erzultamontan, um erklären zu lassen, für wen die Einzelnen gestimmt hätten.“

„R. Landrath . . . , Mitglied des Deutschen Vereins, tritt jetzt liberal auf, sein Verkehr mit Geistlichen hat nachgelassen. Im September vorigen Jahres hat er die Deputation der Gemeinde (Fadelzug) . . . sehr scharf angelassen: „Wenn sie ihm ihre Unabhängigkeit bezeugen wollten, so hätten sie ihn in den Kirchenvorstand wählen sollen, aber sie ließen sich von ihren Geistlichen blindlings leiten.“ Wohlwollender Freund und eifriger Beschützer der Lehrer. Gleichstellung der Lehrer in Gehaltszügen mit den Lehrern in den Landkreisen Köln und Bonn durch ihn veranlaßt und befürwortet, thut überhaupt für Schulen viel. Nimmt Lehrer gegen die Pastoren in Schutz, Kreis-Secretär . . . erst drei Wochen da, noch kein Urtheil. Früher in Köln bei der Regierung. Bürgermeister . . . nicht Mitglied, „steht über den Parteien!“ Mehrere Male an den Wahlen nicht theilhaftig. Bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus Wahlmann und als solcher liberal gewählt. Für Schule thut er viel. Mit Geistlichen hat er nie Verkehr gehabt, wohl aber häufig mit ihnen im Kampfe gelegen. Handelt nach dem Buchstaben, nicht im Geiste der Geseßgebung. Friedensrichter . . . tüchtiger Beamter, früher auch nicht an den Wahlen theilhaftig, bei den letzten liberal gewählt. Seiner Gesinnung nach liberal. Kein Verkehr mit den Geistlichen. Besucht nicht die Kirche, entschiedener Gegner der Unfehlbarkeit; beides gilt auch vom Bürgermeister. Gerichtsschreiber . . . , eingetretener Ultramontaner . . . Sparassens-Rendant . . . , vollständig ultramontan. Notar . . . liberal aufgetreten, von den Liberalen als Stadtrath gewählt. „Rector der höhern Schule . . . durchaus liberal, die Lehrer größtentheils auch; gehören Alle bis auf zwei dem Deutschen Verein an; der eine Religionslehrer . . . hält sich still, der andere ist sonst liberal, aber ruhig. Local-Schulinspector . . . (Pastor), a'ter Herr, fünfzigjähriges Jubiläum vor 4 1/2 Jahren gefeiert, verhält sich ruhig. Der geistliche Agitator für Rheinbach und Umgegend ist Vicar B. . . , Vorsteher des Bürger-Vereins, früher Filiale des Mainzer Katholiken-Vereins. Mitgliederzahl hat entschieden abgenommen. In den letzten zwei Jahren ist B. . . sehr zahm geworden. Im Allgemeinen verhält sich die Geistlichkeit ruhig, wie auf Verabredung. Ueberschreitungen kommen nicht mehr vor. Stadtrath: Mehrzahl ultramontan, zwölf Mitglieder, ein Drittel liberal, letzte Wahl liberal, vier Candidaten durchgebracht. Selbstverwaltung: Sybel'scher Standpunkt. In zehn Landgemeinden Vorsteher zum Theil ultramontan. Alle Lehrer der hiesigen Bürgermeisterei gehören dem Deutschen Verein an, mit Ausnahme von drei, wovon ein Aspirant, ein junger Lehrer, der ist vor kurzem eingetreten, der dritte ein alter Mann, der nicht eingeladen worden ist. Lehrerinnen: R. Wundertrube — Pfarrer . . . und Consorten freigesprochen beim Friedensgericht . . . , und nach Verwerfung dieses Urtheils durch Cassationshof in Berlin abermals Freisprechung durch Friedensgericht in . . . , wiederum Cassations-Rekurs. Am . . . führte der Handwerker-Verein „Josef und seine Brüder“, biblisch-historisches Schauspiel in fünf Acten mit Musik und Gesang von Bechle auf!“

Aus Baden, 6. Nov. Die am 31. October in Städtlingen vorgenommene Wahl eines Landtagsabgeordneten für den Bezirk Wendorf-Zintetten ist wegen unterlaufenen Formfehlers, der sofort nach der Wahl entdeckt wurde, und durch den die geheime Stimmweise vollständig vernichtet ist, von Seiten der kath. Minorität angefochten worden. Die „Liberalen“ siegen dort mit einer Mehrheit von nur 6 Stimmen. Die Landtagswahl in Freiburg ist gleichfalls von der „ultramontanen“ Minorität angefochten worden. — Der Stadtrath in Rastatt hat die Bitte des „altkatholischen“ Vereins um Ueberlassung der dortigen Klosterkirche zum „altkatholischen“ Gottesdienste zurückgewiesen und zwar aus dem sehr triftigen Grunde, weil alsdann kein römisch-katholischer Gottesdienst mehr in derselben gehalten werden könnte. — Das neue Landesgefängnis in Freiburg nahe seiner Vollendung. Es ist das ein mächtiges Gebäude, leider zu nahe bei der Stadt und ein bereites Zeugnis der traurigen Wahrheit, daß in unserm aufgeklärten Jahrhundert neben den Fabriken die Zren-, Sicken- und Strafanstalten immer mehr zunehmen.

München, 7. Nov. Der heutige „Volksfreund“ enthält folgendes Aitenstück:

An meine Wähler im Landtagswahlbezirk München II. Ich habe soeben mein Mandat niedergelegt. Während ich den Kammeraus von meinen Schülern schüttele, bin ich lebhaft durchdrungen von dem Pflichtgefühl, den Männern eine Erklärung zu machen, welche mich mit dem Mandate beehrt hatten. Keiner ist so sehr ein Fremdling in Israel, daß er nicht wüßte, was seit Monaten übr mich bingegangen ist. Was mir geschah, kann Jedem alle Tage passiren. Nicht der Schaiten eines gravirenden Momentes ist gegen mich erbracht worden. Ich gehe mit freier Stirne durch das Leben. Hieraus folgt, daß Niemand von mir verlangen konnte, aus der Kammer auszutreten. Kein Paragraph, kein moralisches Compelle lag dazu vor. Am allerwenigsten konnten Leute meinen Rücktritt fordern, welche selbst ihren Sitz in der Fraction Meß, Christmann, Gossen &c. gewählt haben. Viele meiner Freunde riefen mir auch zu, ich solle beweisen, daß ich aus dem Blod gemeißelt sei, der allen Stürmen trogt. Dennoch

bin ich gegangen. Das hat die Erklärung des liberalen Clubs vom 9. October gethan, die meinen Mandatarer bekannt ist. Ein ähnliches Aitenstück existirt in der ganzen Geschichte des Parlamentarismus nicht. Alles ist brutal daran: Form, Inhalt und Tendenz. Dieses Aitenstück streift ebenso nahe an widerlichen Pharisäismus, wie an politisches Delatorenthum; es ist keine Erklärung, es ist eine rohe Denunciation. Wohl ist es vorgekommen, daß der Mob Abgeordnete erschlagen hat; aber Abgeordnete selber haben nie und nirgends ihre Collegen in solcher Weise bei der Gurgel gepackt. „Cedam et abibo.“ Nicht weil ich muß, sondern weil ich es verschmähe weiterhin in den Kreis von Männern zu treten, welche zu solchen Mitteln der Leidenschaft und hochgradigen Hasses griffen und dadurch dem parlamentarischen Leben den letzten Rest von Würde benahmen. Ich danke Ihnen, meine Herren Wähler vom Wahlkreis München II., für das mir geschenkte und trotz aller gegnerischen Anstrengungen mit treubewahrte Vertrauen. Ich scheide mit dem Bewußtsein, bei jeder wichtigen Abstimmung dieses Vertrauen gerechtfertigt zu haben. Ich bin nicht umgefallen, habe nicht einmal gewankt, und daß ich noch lebe, wird man bald sehen. München, 6. November 1877. Dr. G. Naginger.

Oesterreich

Wien, 7. Nov. In der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses gab der Handelsminister Glumede über die gescheiterten Handelsvertragsverhandlungen Oesterreich-Ungarns mit Deutschland und die daraus resultirenden Consequenzen folgende Erklärung ab:

„Die im April begonnenen Verhandlungen haben am 22. Oct. durch die Erklärung der deutschen Commisäre ihr Ende gefunden, daß ihre Regierung nicht in der Lage sei, die Verantwortlichkeit für einen Vertrag zu übernehmen, welcher gegenüber dem Vertrag von 1868 wesentliche Verschlechterungen enthalte und daß sie demnach die gemachten Propositionen als eine geeignete Grundlage nicht anerkennen vermöchten. Da die deutschen Commisäre die Punkte unserer Anträge nicht bezeichnen konnten, die der deutschen Regierung unannehmbar schienen, oder doch bei den strittigen Tarifikationen die Grenze nicht anzugeben vermochten, innerhalb welcher eine Einigung als möglich anzusehen war, so erschien zu unserm lebhaften Bedauern eine Verständigung unerreikbaar. Die deutsche Regierung ist inzwischen auf den Wunsch zurückgekommen, den bestehenden Vertrag auf ein Jahr zu verlängern; von der österreichisch-ungarischen Regierung konnte mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit, die Grundlagen unserer Handels- und Zollpolitik definitiv festzustellen, hierauf nicht eingegangen werden. Durch diese Sachlage ist die Nothwendigkeit gegeben, den gesetzgebenden Körpern einen allgemeinen Zolltarif vorzulegen, zumal da nach dem zu Ende des Jahres eintretenden Ablauf unserer sämtlichen Zollverträge der noch gegenwärtig geltende Zolltarif vom Jahre 1853, mit der Modification desselben vom 30. Juni 1865 allseitig in Wirksamkeit treten mußte, was zu vermeiden selbstverständlich in der Absicht der Regierung liegen muß. Der Geseßentwurf über den allgemeinen Zolltarif ist in allen Details mit der ungarischen Regierung bereits vereinbart und wird demnächst vorgelegt werden. Die Regierung hofft auf ein rechtzeitiges Ins-Leben-treten desselben mit dem 1. Januar 1878. Da es die Regierung für ihre Pflicht hält, nichts zu unterlassen, damit bei dem Ablauf des deutschen Handelsvertrages keine Störung der allgemeinen Verkehrsbeziehungen eintrete, hat sie an die deutschseits bereits im Laufe der Verhandlungen gemachte Anregung angeknüpft und der deutschen Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, einen Meißbegünstigungsvertrag abzuschließen, wobei auf die erwähnten Verhältnisse möglichst Bedacht genommen werde.“ Diese vom österreichischen Handelsminister gemachten Angaben dürften demnächst actenmäßig geprüft werden können, da in der gestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses Graf Apponyi wegen der Vorlage aller auf die Vertragsverhandlung mit Deutschland bezüglichen Documente noch vor der meritorischen Verathung des allgemeinen Zolltarifs interpellirte.

Die Interpellation betreffend die Anerkennung der „Alt-katholiken“ als selbstständige Religionsgesellschaft wurde von dem Cultusminister v. Stremayr heute dahin beantwortet, daß, da die „Alt-katholiken“ erst am 13. Oct. c. eine die gesetzliche Anerkennung betreffende Erklärung abgegeben hätten, das Ministerium erst am 18. Oct. c. in der Lage gewesen sei, die Anerkennung der „altkatholischen“ Religionsgesellschaft auszusprechen und die Constitution „altkatholischer“ Cultusgemeinden in Wien, Wamtsdorf und Nied zu genehmigen.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 5. Nov. Die Annahme des schweizerischen Fabrikgesetzes in der Urabstimmung wird in den socialistischen Blättern als ein bedeutender Erfolg der Arbeiterbewegung gefeiert. — In unserm Lande sind im vorigen Jahre nicht weniger als 1102 Ehen gesetzlich geschieden worden. Wahrlich eine traurige Aussicht für Sittlichkeit, Familie und Gesellschaft! Die Schweiz ist aber auch ein Musterland „liberalen“ Fortschrittes und zeitgemäßer Aufklärung. — Im Jura haben sich wieder zwei „altkatholische“ Pastoren, welche die „cultur-kämpferische“ Regierung dorthin zu setzen beliebte, aus dem Staube gemacht; ein gewisser Langlois ist sammt Gemahlin und sonstigem Gepäc auf und davon und sein College Renault ist gleichfalls mit seiner theueren Gefährtin verduftet. Daraus folgt nach „liberaler“ Logik, daß der schweiz. „Alt-katholicismus“ zu den besten Hoffnungen berechtigt. Das Centralorgan der Schweizer „Alt-katholiken“ bemerkt, diese beiden Herren seien „von Anfang an Ver-räther gewesen, welche zu den Alt-katholiken hätten kommen müssen, um im Namen des radicalen Liberalismus Verwirrung zu stiften.“ Wie Ihre Leser sehen, wissen sich die Herren zu trösten.

Belgien.

Brüssel, 7. Nov. Während die hiesigen katholischen Schulen in schönster Blüthe stehen, leiden die sogenannten „officiellen“, d. h. zu deutsch „liberalen“ Schulen entschieden an der Schwindsucht. Die katholische Universität zu Louven wird im laufenden Schuljahre ihre dreizehnhundert Schüler zählen, während die liberale Universität der Hauptstadt nicht auf die Beine kommen kann, trotzdem derselben von Seiten der Stadt die reichlichsten Zuschüsse zufließen. Nixgendwo, sagte neulich Herr Bürgermeister Anspach, „find die Lehrer besser besoldet, nirgendwo bringt man so große Opfer für den Unterricht, als in Brüssel.“ Und dennoch glaubte man noch „Verbesserungen“, das will sagen, neue Geldopfer nöthig zu haben, um den katholischen Instituten

die Stange der Universität tarfulenenn, triennes, brüder, o d. h. die durch den Anstalt sich zeigte daß zu G sind. Sc ralen“ Zu Mädchen das heißt Aber, o z zählt bis die Herren die Zukunft punkte aus Zukunft er Die zu in welcher gien“ zur Lage in d werden. jüngst auf verurtheilt, teren daß allen G sei Nichts,

Die Be

Wieder den Kundge Obson die des Montag her durch Gergens zu Düsseldorf die Pflicht auch die St bestimmt wird faal der Zo rheinischen ten Katholiken unter ihnen Kämpfer. Adel der bei Mit her; Vereines vo den „festlich Portmann demselben S digungen der glante Herr Walch mit schen Unterst lung schlug der mit Accel

Zunächst einen kurz ge Strömung g Pilgen darac Herr Dr. hat dazu um diese Frage g die „liberalen“ lofer Schülen tigkeit der St Adresse der St „Ueberläßt un wollen wir G lich die Schul „liberalen“ E hierarchischen schon selber sie neuerdinge Frage gewor rung eine S Verfüßung üte tere factisch g es in Preußen bis zum 40. an sollen sie ihr natürliches nimmt man Kinder ab und Kosten flüttern sprüche des S einbar. Nach Kinder verant der Eltern auch ein Recht werden. Mit befreundet. U und Geschichte nelle Volksschu Frage, indem nicht nur Ken soll, was ohne indeß wollen n wenn ein ungl der 1 + 1 + 1 sition lehrt, die Aehnlich steht r christlicher Lehr Und nun gar raden gegen „K die Kirche und confessionsofer die Rechte der v von unsern Sta de doch gerade der Mensch ge ja man erklä daß in der Sch und nicht der K tet und das Ob wirklich eine fur man an solche

Belzen, 8. Nov. (Amst. Notierungen der Handelsmaße.)
 Belzen behauptet, hies. eff. R. 24.00 — 25.50 B., fremder 23.50
 per Nov. 22.90 B., 22.95 B., 22.90 G., per Mai 21.70 B.,
 C, 21.65 G., per Mai — B., 21.65 B., 21.55 G.

